

# KLARTEXT

Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet

November/Dezember 2022

Ausgabe 4

## Wann reicht es Ihnen endlich? - ein Kommentar-

Corona war nie eine Gefahr, die größer als die saisonale Grippe war. (1)

Die Impfung hat immense Nebenwirkungen. Es sind Millionen von Menschen betroffen. Es gibt in Deutschland Impftote im Bereich mehrerer Zehntausend. (2)

Die Inflation liegt seit Monaten bei 8% bis 10%, Tendenz steigend. (3)

Der Liter Diesel kostet aktuell (Stand 01.11.22) 2,12€. (4)

Der Euro verliert zunehmend an Wert. (5)

Die Sanktionen gegen Russland schaden nicht Russland, sondern Deutschland. (6)

Die (West-)Ukraine muss mit einem autoritären System zurecht kommen, in dem Oppositionsparteien und Oppositionsmedien verboten werden und im Zweifel auch auf die eigene Bevölkerung geschossen wird. (7)

Der hierzulande bejubelte Selenskyj ist ein kokainsüchtiger Schauspieler, was mittlerweile sogar in etablierten US-Medien thematisiert wird. (8)

Selenskyjs Mit- und Gegenspieler erscheinen ebenfalls wie von Sinnen und wollen auf Teufel komm raus einen veritablen dritten Weltkrieg vom Zaun brechen.

Ein großer Krieg tobt bereits mitten in Europa. Unsere Regierungsparteien wollen unbedingt dabei mitmachen und es ist ihnen egal, was ihre Wähler darüber denken. (9)

Die Strompreise steigen, die Gaspreise steigen. Energie wird knapp. (10)

Es gibt vielleicht einen Klimawandel, aber es ist ein Aberglaube, dass dieser allein menschengemacht ist und mit CO2-Reduktionen aus Deutschland zu bändigen wäre. Für diese absurde Ideologie riskiert Deutschland seine Energiesicherheit und seine gesamte Wirtschaft. (11)

Im Winter könnte es kalt und dunkel werden. Lebensmittel werden knapp. Die Landwirtschaft liegt schon am Boden und gerade wird ihr der Rest gegeben. (12)

Ein Großteil unserer Medien und deren Plattformen erscheinen uns wie ein Sumpf aus Korruption, Vetternwirtschaft und politisch motivierter Zensur. (13)

2025 wird die Grundsteuer erhöht – bis zu 10mal mehr für bebauete Grundstücke, bis zu



Bild: Freepik

100mal mehr für unbebaute Grundstücke. (14) „Sie werden nichts mehr besitzen und sie werden glücklich sein“ – so steht es ganz offiziell im Plan des Weltwirtschaftsforums, namentlich im Buch „The Great Reset“, von Klaus Schwab. (15)

Seit einiger Zeit wollen Ihnen Leute vorschreiben, welche Worte Sie zu benutzen haben, welche Formulierungen verboten sind. Winnetou wird zensiert, weil es rassistisch ist. Wer Regierungskritik übt, ist rechts, Querdenker, Verschwörungstheoretiker, Aluhut, Schwurbler und vor allem Antisemit. (16)

Und all das waren jetzt lediglich die prägnantesten Themen.

**Unsere Regierung erscheint uns korrupt, inkompetent oder sogar bösartig.**

Dieses System ist am Ende und derzeit wird alles getan, um das Ende noch ein bisschen hin-

auszuzögern oder zu kontrollieren. Die meisten der oben beschriebenen Auswirkungen dürften doch mittlerweile auch Sie persönlich treffen oder zumindest Ihr unmittelbares Umfeld. Können Sie die Nebenkosten noch bezahlen? Können Sie den Strom noch bezahlen? Können Sie den Spirit noch bezahlen? Und im Supermarkt? Bei wie vielen Dingen fangen Sie an zu überlegen, ob Sie sich das jetzt leisten wollen? Ab wann reicht es Ihnen eigentlich? Ein großer Teil der Menschen in Deutschland hat in den zweieinhalb Jahren Corona nichts unternommen, in der Hoffnung alles würde vorbei gehen. Es ging nicht vorbei – weil die meisten Menschen nichts unternommen haben. Und es wird übler. Jeden einzelnen Tag überschlagen sich absurde Nachrichten und Maßnahmen mit noch bizarreren Ideen und Vorstellungen. Wann hören Sie auf mitzumachen? Wie weit

muss es noch gehen? Es wird Zeit!

**Ein erster Schritt ist es, z.B. montags spazieren zu gehen. Überall hier bei uns im Rhein-Main-Gebiet. Es wird Zeit! Empört Euch endlich!**

Autor: Dirk Hüther

Quellen:

- (1) <https://cutt.ly/xNeKK5G>
- (2) <https://cutt.ly/vNeK0Zk>
- (3) <https://cutt.ly/kNeLrZz>
- (4) <https://cutt.ly/TNDppHF>
- (5) <https://cutt.ly/YNeZjnP>
- (6) <https://cutt.ly/3NeZgsE>
- (7) <https://cutt.ly/8NeCCjR>
- (8) <https://cutt.ly/4NeZMMS>
- (9) <https://cutt.ly/NeZ4Tj>
- (10) <https://cutt.ly/BNeXo1c>
- (11) <https://cutt.ly/GNeXgzW>
- (12) <https://cutt.ly/uNeXntm>
- (13) <https://cutt.ly/HNeXJ1c>
- (14) <https://cutt.ly/6NeX8Fm>
- (15) <https://cutt.ly/yNXcto>
- (16) <https://cutt.ly/ZNeCp4q>

### Editorial

**Ausgabe 4 ist fertig und Sie lesen gerade die Druckausgabe - oder doch die Onlineausgabe?** Wer hätte das gedacht, als wir im Juni mit unserer ersten Ausgabe am Start waren? Wer hätte uns zugetraut, dass wir eine ernstzunehmende Stimme in der Region werden? Und wir sind eine ernstzunehmende Stimme, das wissen wir aus vielen Rückmeldungen. In der Zwischenzeit sind wir bei einer 40.000er Auflage angekommen und wir sind gekommen, um zu bleiben! Zumindest solange die Zustände in diesem Land so düster sind und die Mainstreammedien weiter eifrig Regierungspropaganda verbreiten und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, weiterhin wertvolle Informationen einfach vorenthalten. Wenn unsere „regionalen Leitmedien“ ihre Arbeit wieder am Pressekodex der unabhängigen und ehrlichen Berichterstattung orientieren, werden wir vielleicht irgendwann nicht mehr gebraucht. Aber bis dahin sind wir da – in Ihrem und unser aller Interesse – um die Informationen zu liefern, die Sie brauchen, um

ein runderes Bild der verschiedenen aktuellen Themen zu bekommen.

Wo wir gerade bei unseren regionalen Zeitungen sind: Noch immer wollen diese partout nicht ermitteln, wie viele Impfn Nebenwirkungen es hierzulande genau gibt, geschweige denn, wie viele Menschen durch die Impfung gestorben sind. Ist das kein Thema? Wenn man z.B. im Lahn-Dill-Kreis die Rettungsdienstesätze vom Juli '20 mit denen vom Juli '22 vergleicht, sind diese über 40% gestiegen! Und der Trend reißt nicht ab. Die Rettungsdienste können die 20 Minuten Zeit vom ersten Anruf bis zum Eintreffen des Rettungswagens nicht mehr garantieren. Wohnen Sie vielleicht am äußeren Rand einer unserer Landkreise? Dann könnte es sein, dass Sie schneller im Krankenhaus sind, wenn Sie trampeln. Haben Sie unsere Landräte einmal dazu befragt?

Oder eine Vorsorge für einen Blackout, den sogar die Regierung thematisiert – schreiben die Zeitungen dazu etwas? Wir haben die Themen, die in diesen Tagen die Menschen

bewegen. Vom großen Corona-Fehlalarm, über unwirksame, schädliche oder sogar tödliche „Impfungen“, über das absichtliche „vor-die-Wand-fahren“ unseres Landes, über die Kriegshetzer in den Parteien und etablierten Medien, über die Korruption in Politik und Medien und über einen Winter, der es in sich haben wird. In dieser Ausgabe haben wir uns schwerpunktmäßig der Aufgabe verschrieben, Sie einzuladen und aufzufordern, Ihren Unmut über diese Regierung, dieses System oder was Sie sonst an den Zuständen in diesem Land stört, zum Ausdruck zu bringen und auf die Straße zu tragen. Wenn Sie nicht endlich dem Treiben in Brüssel und Berlin ein Ende setzen, indem Sie aufhören mitzumachen und Ihren Protest demonstrieren, wird Ihnen vielleicht irgendwann jemand vorschreiben, was Sie zu denken, zu sagen, zu essen und zu atmen haben.

Die Zustimmung zu unserer Regierung in der Bevölkerung sinkt ähnlich rapide, wie die des US-Präsidenten. Gerade noch ein Drittel be-

kennt sich in einer Umfrage als zufrieden mit dieser inkompetenten Regierung (die letzte war nicht besser). Nur noch ein Drittel hält die etablierten Medien für glaubwürdig und auch nur noch ein Drittel vertraut überhaupt noch diesem Staat und seinen Organen. Die Stimmung kippt gerade gewaltig. Es wird Zeit, dass Sie sich zeigen. Und bedenken Sie: Je mehr die Regierung und ihre Medien die Situation zuspitzen, desto näher kommen wir einer Situation, in der es nicht mehr geht „herumzulavieren“. Entscheiden Sie sich für Ihren Weg, sonst wird Sie irgendwann jemand dazu zwingen, seinen Weg zu gehen. Wer keine Idee hat, wird irgendwann Bestandteil der Ideen anderer Leute – wollen Sie das? Beziehen Sie Stellung und vor allem: Zeigen Sie sich! Jetzt ist die Zeit, Farbe zu bekennen und standhaft zu bleiben, damit den Leuten, die dieses Land in eine furchtbare Dystopie verwandeln wollen, ein Ende gesetzt wird. Die Zeit ist jetzt und jeder Einzelne wird gebraucht.

**Auch Sie!**

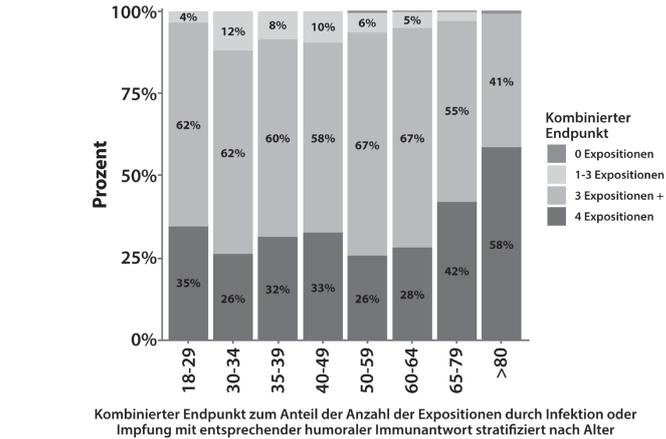
# Regierung und Bundestag - tricksen und täuschen am Corona-Band

Sicher haben Sie es den geschätzten Qualitätsmedien entnommen: Der deutsche Bundestag hat am 8. September die Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen. Seit Oktober gelten dann wieder Maskenpflichten; vor dem Betreten von Pflegeheimen und Krankenhäusern muss ein aktueller negativer Test vorgelegt werden. Aber noch schlimmer ist, dass die Länder wieder weitreichende Möglichkeiten eingeräumt bekommen. Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen, in einer zweiten Stufe sogar bei Veranstaltungen im Freien, Personenobergrenzen und der Mindestabstand von 1,5m stehen mit auf dem Programm. Was glauben Sie, wie der oberste Corona-Kämpfer Baden-Württembergs im Namen der „Grünen Khmer“, Herr Kretschmann, schon heute jubiliert? Er wird nicht zögern diese verschärften Maßnahmen einzuführen. Interessant ist der Text zur entsprechenden Sitzung auf der Seite des Bundestages:

„Nach einer kontroversen Schlussberatung hat der Bundestag am Donnerstag, 8. September 2022, diverse Neuregelungen für den kommenden Corona-Herbst und -Winter beschlossen.“

Ich habe es mir angetan und die gesamte Veranstaltung angesehen – kontrovers war an der Schlussberatung nichts. Einzig die Aktion der AfD, ihre Redezeit auf mehrere Redner mit je einer Minute aufzuteilen, um das Leid von Leuten zu schildern, die durch die Maßnahmen geschädigt werden, hat dieser Posse ein wenig Inhalt gegeben.

Nicht nur interessant, nahezu verräterisch finde ich den Satzteil „... für den kommenden Corona-Herbst und -Winter ...“ – mir drängt sich der Eindruck auf, dass es gar keine andere Wahl gibt? Gut, all das konnten Sie sicher aus den mit üppigen Finanzpolstern ausgestatteten Mainstreammedien entnehmen. Haben Sie aber auch davon gehört, dass es eine Studie gibt, welche die Beschlussfassung vom



8. September ins Wanken gebracht hätte, wäre diese denn bekannt und zugänglich gewesen? Diese Studie gibt es tatsächlich – und sie wurde sogar von der Regierung, genauer dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, in Auftrag gegeben. Viel zu spät übrigens – das nachfolgend beschriebene Ergebnis zeichnete sich schon lange ab. So z.B. durch eine Studie in Großbritannien, die Antikörper bei 99% der Bevölkerung nachgewiesen hat. Die Regierung in Deutschland hat lange Zeit verhindert, dass eine so wichtige Untersuchung überhaupt in Angriff genommen und veröffentlicht werden konnte. Geschehen ist es zum Glück nun doch. Ziel war also herauszufinden, wie viele Bürger aufgrund einer Infektion oder einer vermeintlichen „Impfung“ bereits über Antikörper verfügen – also „grundimmunisiert“ sind. Der Inhalt des Dokuments ist eindeutig brisant: Zeigt er doch, dass gerade in den vulnerab-

len Altersgruppen kaum Menschen vorhanden sind, die keinen Schutz gegen das Virus aufgebaut haben. Die roten Balken in der Grafik (Abschnitte ganz oben - bedeutet kein Kontakt mit dem Virus) sind so klein, dass man sie kaum sieht. Und sollen die ganzen unsinnigen Maßnahmen nicht dem Schutz der vulnerablen Gruppen dienen?

Der deutsche Arzt und Publizist Dr. Gunter Frank beschreibt auf achgut.com, dass wir schon lange im endemischen Zustand sind, die Immunität der Bevölkerung also so hoch ist, dass kaum mehr schwere Fälle auftreten können. Treffend bringt er es auf den Punkt: „Wir reden über einen Schnupfen“.

Was aber ist denn nun so besonders an dieser Studie, die ja ein erfreuliches Ergebnis liefert? Das Besondere daran ist, dass der Bundestag abgestimmt hat, ohne diese Daten zur Kenntnis zu nehmen – und, falls die Mitglieder des Parlaments den Inhalt kannten, wurde dieser

bewusst nicht in der „sachlichen Debatte“ berücksichtigt. Offiziell redet man sich damit heraus, dass es sich nur um einen „Zwischenbericht“ handle. Allerdings ist es ein belastbarer Zwischenbericht, der auch öffentlich zugänglich ist (<https://cutt.ly/4B2EMoi>).

Diese Untersuchung oder ihr Zwischenergebnis zeigt, dass weitere Einschränkungen der Bürgerinnen und Bürger durch nichts zu rechtfertigen sind. Trotzdem hält die auftraggebende Regierung diese Informationen zurück und stellt sie den Abgeordneten im Bundestag nicht vor der Abstimmung zur Verfügung. Andererseits verlange ich von den gut bezahlten Abgeordneten im Deutschen Bundestag auch, dass sie sich vor so wichtigen Abstimmungen ggf. selbst mit den nötigen Informationen versorgen. Wir können diese Informationen doch auch in unsere Überlegungen mit einfließen lassen – wohlgerne zum Ehrenamt. Hatten Sie Ihre Hoffnung in letzter Zeit auf die FDP gesetzt? Herr Kubicki gibt sich ja als wahrer Freiheitskämpfer gegen das Coronaregime. Erinnern Sie sich übrigens noch daran, dass Wolfgang Kubicki bei der Abstimmung zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht am 10.12.2021 mit „Ja“ gestimmt hat? Nun, wie so oft zeigt sich auch dieses Mal, dass die Partei das „Freie“ in ihrem Namen nur noch als schmuckes Beiwerk führt: 85% der strammen Liberalen haben für die Neufassung des Infektionsschutzgesetzes gestimmt. Und weil wir uns in dieser Ausgabe vorgenommen haben, Sie einzuladen auf die Straße zu gehen, um für Ihre Rechte und Bedürfnisse zu kämpfen, tue ich das auch hier. Keine der etablierten Parteien wird uns aus dem gegenwärtigen Dilemma befreien, das können wir nur gemeinsam.

Zusammen, mit friedvollen, kreativen und energiegelenden Demonstrationen, Spaziergängen und Aktion vor Ort – kommen Sie ins Tun!

Autor: Sven Semmler

Quelle: <https://zenodo.org/record/6968574#.YxhM2yHP0bY>

# OFFENER BRIEF AN ALLE ABGEORDNETE DER PARTEI „DIE LINKEN“

... U.A. SAHRA WAGENKNECHT, DR. GREGOR GYSI, BILDUNGSMINISTER HELMUT HOLTER, GESUNDHEITSMINISTERIN HEIKE WERNER, LANDWIRTSCHAFTSMINISTER PROF. DR. BENJAMIN-IMMANUEL HOFF, MINISTERPRÄSIDENT BODO RAMELOW

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser offene Brief bezieht sich auf folgendes Zitat von Gregor Gysi zu den Montagsdemonstrationen: „Wir können uns die Straßen und Plätze von den Rechten nicht wegnehmen lassen, ganz im Gegenteil. [...] und ich möchte auch nicht, dass [...] all dieses rechte Gesocke die soziale Frage für sich nutzt.“

Grundsätzlich stehen die Kategorien „rechts“ und „links“ für politische Ausrichtungen und nicht für Gattungen von Menschen. Linke Grundwerte sind Gleichwertigkeit und Solidarität, während rechte Haltungen das Hierarchiedenken und die Kapitalkonzentration vertreten. Die linke Weltanschauung möchte gerade nicht Menschen aufgrund bestimmter Eigenschaften gruppieren („den Rechten“) und herabsetzen („Gesocke“). Gysis moralische Selbstüberhöhung ist eine klassisch rechte Methode. Woher nimmt er das Recht, darüber zu urteilen, wer zu welchem Thema wo demonstrieren darf und wer nicht?

Die Definitionen für politisch rechts und politisch links zeigen an, dass wir in den letzten zwei Jahren den gewaltigsten Rechtsrutsch der Nachkriegsgeschichte erlebt haben:

Vorläufiger Höhepunkt sind die evident unsinnigen Regelungen (2G, 3G, einrichtungsbezogene Impfpflicht), die eine Gruppe von Menschen niedriger Klasse definieren und teilweise entrechten. Ein totalitärer Prozess wurde initi-

	politisch links	politisch rechts	extremistisch	Corona Politik
	Gleichwertigkeit Solidarität	Hierarchiedenken Kapitalkonzentration		
Schere arm/reich	verkleinern	vergrößern		Massive Kapitalkonzentration
Gesundheitswesen	Gemeinwohl	Rationalisierung		Abbau von Intensivbetten
Medizinprodukte	Selbstkosten	Gewinnorientiert		Milliardengewinne der Pharmakonzerne
Kinder	schützen	ausbeuten	misshandeln	Vielfältige Misshandlung von Kindern
Kollateralschäden	Betrauern	Verschweigen	Leugnen	Tote und Beschädigte durch Lockdown und Impfung
Krisenmanagement	Aufklärung	Beeinflussung	Hetze, Zwang	Angstkampagnen und Halbwahrheiten
Vielfalt	Akzeptieren	Dulden	Ausgrenzen	Diffamierung Andersdenkender
richterliche Unabhängigkeit	Respektieren	Hinnehmen	Missachten	Hausdurchsuchung von Richtern
politische Verfolgung	Undenkbar	Schikanen	Inhaftierungen	Gefangennahme von Michael Ballweg
Klassendenken	Gleichberechtigung	Systemrelevanz	Diskriminierung	2G&3G als neue Form des Rassismus

iert, in dem das Individuum der Masse untergeordnet wurde. Das sind eindeutig rechte Praktiken, die unter Zuhilfenahme eines pervertierten Solidaritätsbegriffs gerechtfertigt werden.

In der Geschichte Deutschlands gab es mal eine Partei, die sich unter falscher Flagge als linke Nationalsozialisten bezeichneten. Tatsächlich handelte es sich jedoch um rechte Globalkapitalisten. Wir stimmen sicher darin überein, solche Zeiten nicht nochmal erleben zu wollen. Die Demonstrationen gegen die Corona-Politik sind insbesondere Demonstrationen gegen einen erstarkenden Globalkapitalismus, also Demonstrationen gegen rechts, auch wenn der Mainstream versucht, dies im Sinne orwellischer Umkehr umzudeuten. Was sollte die Menschen dazu bringen, für ihre Unterdrückung und Ausbeutung zu demonstrieren?

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg hat die deutsche Bundesbank bis zur Jahrtausendwende für stabile Verhältnisse in Deutschland und damit auch in Europa gesorgt. Die EZB hat uns unter Missachtung der Maastrichter Verträge mit ihrer Schulden- und Zinspolitik die

höchste Inflation der Nachkriegsgeschichte beschert (nicht Covid oder die Ukraine Krise). Mit einer Abschwächung oder gar Trendumkehr ist nicht zu rechnen, eher im Gegenteil.

Nüchtern betrachtet befinden wir uns mitten im Kollaps unseres Wirtschafts- und Finanzsystems, das sich de facto jeder demokratischen Kontrolle entzieht. Der Euro dient nicht den Europäern, sondern dem Globalkapitalismus. Paradoxe Weise wird sogar die Forderung nach National- oder auch Regionalwährungen als rechts bezeichnet, obwohl diese genau das Gegenteil bedeuten und obendrein auch noch dem Umweltschutz zugutekämen. Nachdem unsere Gesellschaft in der Corona-Krise ohne existenzielle Bedrohungslage dazu bereit war, Menschen zu diskriminieren, auszugrenzen, zu entrechten, zu entwürdigen, in den Existenzverlust oder gar Impfdot zu treiben, möchte man sich gar nicht vorstellen, wie die Bevölkerung reagiert, wenn beispielsweise die Nahrungsmittelversorgung wegen Energieausfällen nicht mehr gesichert ist.

Wer seine Geschichte nicht verstanden hat, ist verdammt sie zu wiederholen. Passend dazu Stefan Zweig: „Nichts hat das deutsche

Volk [...] so erbittert, so hasswütig, so hitlerreif gemacht, wie die Inflation.“ Wer das nicht möchte, demonstriert für eine zukunftsfähige und menschenzentrierte Politik. Dazu gehört insbesondere auch ein europäisches Friedenskonzept. Wer sich linke Politik auf die Fahnen schreibt, der kategorisiert und bewertet keine Menschen, sondern Aussagen und Handlungen.

Mit freundlichen Grüßen  
Initiative für Information

Quelle: <https://initiative-info.de/linke/>  
(Postversand am 29. Sep 2022)



Bild: Freepik

# Lügen Sie noch oder Scholzen Sie schon?

Was ist die verbreitetste und gleichzeitig dämlichste Ausrede, wenn Menschen dabei erwischt wurden, wie sie einen richtig fetten Bock geschossen haben und danach befragt werden? „Ich kann mich nicht erinnern“. Der Satz hat Tradition. Helmut Kohl konnte sich partout nicht an die ein oder andere Geldspende erinnern. So ging es Wolfgang Schäuble und vielen Politikern davor und danach. Auch im Ausland sind diese Erinnerungslücken sehr beliebt, wenn es mal wieder um einen Politiker und einen handfesten Skandal geht.

In diesen Tagen geht ein Video durchs Netz (ein Sketch von „Extra 3“), darin wird aus den Erinnerungslücken des Herrn Scholz eine Satire gemacht, indem gefragt wird „Scholzen Sie schon“? Jetzt mal ehrlich: Stellen Sie sich vor, sie treffen sich mit Wirtschaftsvertretern (besser noch mit Bankern), es geht um einen richtigen Berg Kohle, den die Bank auf betrügerische Art und Weise von den Steuerzahlern illegal abkassiert hat. Würden Sie sich ernsthaft im Nachhinein nicht mehr daran erinnern? Wie betrunken oder betäubt müsste jemand sein, dass er sich danach an ein solches Treffen nicht mehr erinnern kann? Noch mal kurz zur Sache: Der sog. Cum-Ex-Skandal drehte sich darum, dass Investoren mit Hilfe von Banken eine Lücke in der deutschen Steuergesetzgebung ausgenutzt haben (die später geschlossen wurde) und Steuerrückvergütungen erhalten haben, für Steuern, die sie überhaupt nicht bezahlt haben. Als der Skandal aufgedeckt wurde, hieß es, dass die Transaktionen ja nicht illegal wären, was formell kor-



rekt ist. Aus ethischer Sicht waren sie jedoch massenhaft Betrug an den Steuerzahlern in diesem Land. Auch die Warburg Bank in Hamburg geriet in den Skandal und sollte zunächst 47 Mio. Euro zu Unrecht erhaltene Rückzahlungen an die lokale Finanzbehörde abführen. Zum großen Erstaunen verzichtete das Hamburger Finanzamt aber auf die Rückzahlung der 47 Mio., was bei der klammen Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden mehr als außergewöhnlich und absolut unverständlich ist.

Zwischen 2016 und 2017 war Olaf Scholz Bürgermeister der Stadt Hamburg und traf sich als solcher dreimal mit Vertretern der Warburg Bank. An die Inhalte der Gespräche will er sich heute nicht mehr erinnern, bzw. er will sich immer nur an das erinnern, was ohnehin schon als sicher festgestellt ist – Salamatik nennt sich das. Und genau diese Erinnerungslücken sind jetzt auch der Grund für die aufkeimende Diskussion um die Glaubwürdigkeit dieses Kanzlers. Nennen wir das Kind beim

Namen: Wir haben den korruptesten Kanzler der Geschichte dieses Landes! Wer hat diesen Mann eigentlich gewählt? Ach ja: Bei etwa 76% Wahlbeteiligung haben von den aktiven Wählern rund 26% die SPD und damit Olaf Scholz gewählt. Das bedeutet, dass weniger als 20% der Wahlberechtigten Olaf Scholz als Kanzler wollten. Also wie wurde er Kanzler? Er hat sich mit zwei weiteren inkompetenten und korrupten Partnern zusammengetan, um eine Mehrheit zu bekommen und dann so zu tun, als hätte ihn die Mehrheit der Deutschen als Kanzler gewollt. Wenn die Mafia in Filmen oder in Dokumentationen gezeigt wird, dann sind die für jedermann sofort zu erkennen. Sie geben sich überhaupt keine Mühe, ihr Tun zu tarnen oder zu verstecken. Und das kann jeder sehen. Wenn die Mafia Dein Land regiert, musst Du – so dämlich stellen die sich an – Tomaten auf den Augen haben, wenn Du sie in der Regierung als solche nicht erkennst oder wahrhaben willst.

Und deshalb rufen wir auch dazu auf, zukünftig montags überall im Rhein-Main-Gebiet spazieren zu gehen, denn ein Motto an den Montagen ist: Diese korrupte und inkompetente Regierung muss weg!

Autor: Dirk Hüther

An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „Klartext“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes:

Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort dürft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen. Briefkästen mit Hinweisaufkleber „Keine Werbung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte Keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein. Danke!

**WETTERAU UNITED**  
**Die Bündelung**  
*(Wir haben uns versetzt und laufen gemeinsam)*

**Montag 14.11. Butzbach**

Treffen 18:00 Uhr am Marktplatz

**Mittwoch 23.11. Friedberg**

Treffen 18:00 Uhr „In der Burg“, Warmtrimmeln und Vorbereitung, 18:30 Uhr laufen wir los.

**Freitag 02.12. Büdingen**

Treffen 18:30 Uhr an der Will-Ziethmann-Halle.

**Mittwoch 07.12. Bad Nauheim**

Treffen 18:00 Uhr am Uta-Wollenboad.

**Dienstag 13.12. Ortenberg/Hessen**

Treffen AB 18:00 Uhr, 18:45 Uhr beginnt unser Lauf, Treffpunkt ist der Marktplatz.

# The Great Reset oder „Aber wir leben doch in einer Demokratie!?“

Schon mal was vom „Great Reset“ gehört? Was vielen Menschen seit fast drei Jahren ein Begriff ist kommt nun endlich über Funk und Fernsehen in den Wohnzimmern an. Dort darf sich dann der Durchschnittsbürger seine Meinung einimpfen lassen. Beschrieben wird er als Lösung für die zurzeit größten Probleme der Menschheit: Armut, Hunger, Krankheit, Ungleichheit, Umweltverschmutzung, CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Alles menschengemachte Probleme und Ängste.

Was viele nicht wissen: dass sich diese seit Beginn der weltweiten Corona-Maßnahmen vervielfacht haben. Armut und Hunger sind durch stagnierende Lieferketten gestiegen. Viele Menschen verloren ihr Einkommen aufgrund von Restriktionen, die sie an der Ausführung ihrer beruflichen Tätigkeit hinderten. Weltweit sind die Wirtschaften von Ländern eingebrochen und haben sich bis heute zum Teil kaum erholt. Die schon vor 2020 bestehende Ungleichheit hat sich weltweit verschärft. Corona, aber auch die aktuelle Energiekrise, ist eine Pandemie der Schwachen und Mittellosen (– nicht durch die Krankheit, sondern durch die Maßnahmen!). Reiche und Superreiche nutzen diese Umstände, um ihre Vermögen zu vermehren. Die Mengen an Plastikmüll durch Wegwerfmasken und mit chemischen Substanzen kontaminierten PCR-Tests ist unvorstellbar. Masken verschmutzen nicht nur die Gehege hier zu Lande, sondern auch die Ozeane in einem beträchtlichen Maße. Maske tragen und für Umweltschutz einstehen ist daher eine überaus konträre Verhaltensweise, die sich überwiegend auf „Fridays For Future“-Demos beobachten lässt.

Klaus Schwab selbst prognostiziert in seinem Buch „The Great Reset“ (auf Deutsch „Der große Umbruch“) ein düsteres Bild dessen, was wohl gemerkt unter seiner Federführung im realen Leben durch das World-Economic-Forum (WEF) umgesetzt werden soll: Die mit Covid19 eingeführte Kontaktverfolgung wird bleiben, Demokratie wird schwinden und an ihre Stelle ein Überwachungs-kapitalismus treten. Dies klingt nicht mehr ganz so edel, wie



die eingangs beschriebenen Ziele. Egal was im Hintergrund geplant wird, der entscheidende Punkt ist: **Es wird für, aber ohne uns geplant und umgesetzt.** Ohne uns zu fragen, ob es in unserem Sinne ist.

„Aber wir leben doch in einer Demokratie!“, wird der ein oder andere von Ihnen jetzt anmerken. Welchen Einfluss haben Sie denn auf die Zusammensetzung und die Entscheidungen des WEF? Wann haben Sie Klaus Schwab zu dessen Vorsitzenden gewählt? Wann haben Sie Ursula von der Leyen zur EU-Präsidentin gewählt? Wann haben Sie Christine Lagard – übrigens wegen der Veruntreuung öffentlicher Gelder in Ihrer Rolle als französische Finanzministerin (2007 - 2011), inkl. Verurteilung, aber ohne strafrechtliche Folgen – zur Chefin der EZB gewählt? Dieses Spiel ließe sich mit beliebig vielen Anderen, sehr einflussreichen und mächtigen Organisationen, wie der WHO oder der UNO weiterführen. All diese Organisationen haben in den letzten Jahrzehnten und insbesondere in den letzten drei Jahren enorm an Einfluss gewonnen. Einfluss über unser aller Leben, bis in die kleinsten Bereiche, und viele Menschen lassen dies uniformiert, gleichgültig oder in Resignation einfach so geschehen.

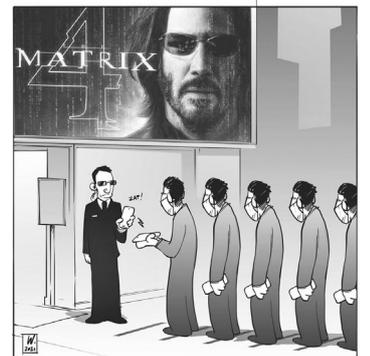
Die Gesellschaft hat in den letzten drei Jahren überaus viel an Eigenverantwortung

und Mitbestimmung abgegeben und das zum größten Teil freiwillig. Als Trigger zur Hypnose wirkten dabei wohl auch die einlullenden Worte von Lothar Wieler auf der Bundespressekonferenz vom 28.07.2020: „Also das ist die Grundregel, die sollte niemand mehr in Frage stellen, das sollten wir einfach so tun.“. Vielleicht ging dieser Satz damals bei Ihnen unter? Lesen Sie ihn nochmal in aller Ruhe und lassen Sie ihn auf sich wirken. Ist dieser Satz demokratisch? Waren die Bundestagswahlen 2021 demokratisch? „Mit uns/mir wird es keine Allgemeine Impfpflicht geben!“ Wie viele Parteien und Politiker haben mit diesem Satz für sich geworben, um ein paar Monate später in der Abstimmung über die Allgemeine Impfpflicht mit „Ja“ zu stimmen? „Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete“, zitierte eines von vielen grünen Wahlplakaten die Bundesrepublik. Haben Sie Ihr Kreuz aufgrund solcher Wahlversprechen gemacht? Wo ist ihr demokratischer Einfluss heute, über ein Jahr nach der Bundestagswahl? Wurde nach Ihren Wünschen regiert?

Das Problem scheint, dass viele Menschen ein falsches Verständnis von Demokratie haben. Demokratie in seiner parlamentarischen Form, wie wir sie zurzeit leben, fußt auf Vertrauen. Haben Sie noch Vertrauen in die Politik? Demokratie bedeutet der Worterkunft nach „die Herrschaft des Volkes“. Demokratie bedeutet nicht, dass Eigenverantwortung auf andere abgegeben wird und die machen dann mal; dass Politiker mit Versprechen gewählt werden und dann ihre eigene Agenda am Willen des Volkes vorbei durchsetzen. Demokratie bedeutet in ihrer Urform auch, dass in einem öffentlichen Debattenraum jeder seine Wünsche, Sorgen und Ängste darlegen kann. So entsteht eine eigene, persönliche Meinungsbildung im direkten Dialog mit anderen. Was wir zur Zeit erleben, ist eher die Vorgabe eines immer schmaler werdenden Meinungskorridors. Was glauben Sie was geschieht, wenn Sie nicht mehr opportunistisch der aktuell gesellschaftlich anerkannten Meinung sind? Fragen Sie doch einfach mal einen der vielen

Spaziergänger, die regelmäßig montags auf die Straße gehen, weil Sie auf die Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen aufmerksam machen, weil Sie gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sind, weil sie sich um die Wirtschaft im Winter sorgen, weil sie Eigenverantwortung einfordern und leben möchten. Die kurze Antwort ist: Wird der Bürger unbehaglich, ist er plötzlich rechtsextrem. Glauben Sie wirklich, dass es so viele neue „Nazis“ in Deutschland gibt? Wo waren die denn vorher? Haben die sich Jahre lang bedeckt gehalten? Wer nicht gerade im Osten Deutschlands lebt, dem ist vielleicht auch nicht ganz bewusst, wie viele Menschen mittlerweile allwöchentlich auf der Straße sind. Mit unter auch deshalb, weil darüber in den Leitmedien kaum bis gar nicht berichtet wird. Ich persönliche, liebe Leser, war vor drei Jahren kein Nazi – was auch immer dieser inflationär missbrauchte Begriff heutzutage bedeuten mag – und ich bin es auch heute nicht. Ich möchte einfach wieder in Frieden, Freiheit und echter Demokratie leben. Sie nicht auch? Oder wie schwebt Ihnen die Zukunft vor? Lassen Sie es uns wissen und schreiben Sie uns unter: [redaktion@klartext-rheinmain.de](mailto:redaktion@klartext-rheinmain.de).

Gastautor: Lutz aus Frankfurt/Main



# Exklusiv // Falsche Fakten - Gesundheitsministerium korrigiert "Fakten Booster"

Berlin. Das Bundesministerium für Gesundheit korrigiert seine Anzeigenkampagne mit dem Namen „Fakten-Booster“, nachdem dort (u.a. in gedruckten Zeitungsanzeigen) falsche Fakten veröffentlicht wurden. Das erklärt das Ministerium auf Nachfrage von „Achtung, Reichelt“. In der dritten Ausgabe des „Fakten-Boosters“ hieß es, „etwa 10 % der in Deutschland erkrankten Personen werden aufgrund eines schweren Covid-19-Verlaufs im Kran-

kenhaus behandelt“. Das stimmt jedoch nicht! Wie das Ministerium auf Nachfrage von „Achtung Reichelt!“ zugibt, liegt die Quote der bestätigten Corona-Infizierten, die im Krankenhaus behandelt werden müssen, aktuell zwischen 4 und 5 %. Dabei wird jedoch das Dunkelfeld der Infizierten ebenso wenig berücksichtigt, wie die Zahl der Krankenhaus-Patienten, die nicht wegen Covid behandelt werden. Eine Infektions-Hospitalisierungs-

quote von 10 % oder mehr gab es zuletzt Anfang 2021, als noch die Delta-Variante dominant war und wenige Menschen eine, noch niemand zwei Impfungen hatte. In der Korrektur des „Fakten-Boosters“ heißt es nun, dass bis zu 10 % der erkrankten Personen im Krankenhaus behandelt werden.

<https://cutt.ly/4B2TPVr>

# Die „Solidarisch durch die Krise“-Lüge

Für den 22. Oktober 2022 hatten mit großem Aufwand der DGB, Greenpeace, Attac sowie verschiedene Wohlfahrts- und Umwelterbände in Frankfurt am Main zu einer Kundgebung und Demonstration unter dem Motto „Solidarisch durch die Krise“ aufgerufen. Erwartet wurden etliche tausend Teilnehmer, was in Anbetracht der Mitgliederzahlen der veranstaltenden Gruppierungen auch keineswegs übertriebene Hoffnungen waren. Doch es kamen laut Polizeiangaben noch nicht einmal eintausend Menschen. Hingegen waren zu der fast gleichzeitig in Frankfurt stattfindenden Demonstration der „Querdenker, Corona-Leugner und Russlandversteher“ (laut FAZ) deutlich über 2.000 Teilnehmer gekommen.

Es lohnt sich also offensichtlich nicht, die Menschen mit Phrasen und Lügen anzulocken. Denn schon in der Parole „Solidarisch durch die Krise“ stecken zwei Unterstellungen, die die gesamte Verarmungspolitik des deutschen Machtartells entlarven: Wer „durch die Krise“ schreibt und nicht „in der Krise“, der hat diese „Krise“ samt ihrer Verursachung schon akzeptiert und will sie nur einigermaßen glimpflich überstehen. Das ist nichts anderes als die vollständige Kapitulation von DGB und Co.

Und wer wider besseres Wissen und gegen jede historische Erfahrung von „Solidarität“ in der Krise faselt, führt bewusst in die Irre: Denn worin soll denn die „Solidarität“ eines von hoher Inflation und Existenznot geplagten Normalverdieners mit den vielen Multimillionären oder auch nur mit den grünwählenden Beamten mit sicherem Einkommen bestehen? Selbstverständlich wird bei solchen scheinlichen, scheinsozialen Veranstaltungen das abgedroschene Lied von „Die Stärkeren müssen eine größere Last tragen“ gesungen. Doch die das intonieren, sind noch nicht einmal willens und fähig, auch nur einen annähernden Inflationsausgleich durchzusetzen. Umso lauter aber wird vor der Beteiligung von „Rechten“ und „Russlandverstehern“ gewarnt.

Dabei tut sich besonders der offenbar über sehr auskömmliche finanzielle Mittel verfügende Verein „Campact“ hervor. „Campact“ bezeichnet sich als „Bürgerbewegung, mit der über zwei Millionen Menschen für progressive Politik streiten.“ Verbreitet werden täglich, z.B. bei Facebook, Parolen wie „Für sozial gerechte Krisenpolitik, echten Klimaschutz – und eine klare Kante gegen Rechts.“ Wobei diese spezielle „klare Kante“ für die Initiatoren des Vereins von herausragender Bedeutung ist. Kein Wunder also, dass sich hinter der „Campact“-Maske große Teile der Linken, aber auch die unvermeidliche Luisa Neubauer oder auch eine ukrainische Propagandistin tummeln.

Das soziale Getue von „Campact“ vermag allerdings nicht zu verbergen, wie ungeniert dieser Verein jeden wirklichen sozialen Widerstand gegen die selbstschädigende Bundespolitik zu spalten und in systemtreue Bahnen zu leiten bemüht ist. Doch je länger die Krise dauert, desto weniger wird das Erfolg haben.

Gastautor: Wolfgang Hübner, Frankfurt  
Demovideo: <https://cutt.ly/ZNdSdKZ>



## Fakten Booster

Zusammen für Vernunft

Stark meinsheim

ELBAKZ MINTSTIFT

Freie Presse für Aufklärung

Stand

6. September 2022

Schluss mit dem Panik-Orchester

## Verdacht auf COVID-19?

Erfahren Sie hier, was es mit dieser Aussage auf sich hat, ob es Handlungsbedarf gibt und wie Sie erst gar nicht in diese Situation kommen.

### Was wir wissen

Fakten-Booster

### Machen Sie es genau so wie vor Corona



Symptome wie Halsschmerzen, Husten, Fieber oder Schnupfen können auf eine Erkältungs-Erkrankung hinweisen. Bestimmen Sie sich bitte an gesunde Verhaltensweisen vor März 2020 zurück. Trinken Sie Kräuter-Tees, trinken Sie ausreichend, gönnen Sie sich viel Ruhe und achten Sie auf eine vitaminreiche Ernährung.

WICHTIG: Zwar muss man es Ihnen nicht sagen - trotzdem geschieht es seit 2 1/2 Jahren ständig: Vermeiden Sie mit Erkältungserscheinungen einfach den Kontakt zu anderen.

Fakten-Booster

## Symptomlose Menschen testen ist und bleibt völliger Unsinn!

Mit Hilfe von Corona-Tests können Sie nur feststellen, ob Virus-Fragmente in Ihrer Probe gefunden werden. Eine Aussage darüber, ob Sie ansteckend sind ist das noch lange nicht.

PCR-Test

Der Erfinder des PCR-Tests, die WHO, die US-Seuchenschutzbehörde CDC und die US-Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde FDA sagen ganz klar, dass dieser Test nicht zur Diagnose geeignet ist.

Wider der Natur

Sind sie es nicht leid, dass ein noch dazu giftiges Stäbchen und ein alberner Test darüber entscheiden, ob Sie gesund sind oder nicht? Hören Sie endlich wieder auf Ihren Körper. Er weiß es besser als ein Stück Plastik!

Pandemie-Verlängerer

Alle positiven Test fließen in die Inzidenzen ein. Ganz egal, ob Sie krank sind oder nicht. Sie sind nicht ansteckend, tragen aber zur Fortsetzung der unsinnigen Maßnahmen bei.

Antigen-Selbsttest

Auch dieser Test ist das Plastik nicht wert aus dem er gemacht ist. Das Testergebnis fällt nicht wie gewünscht aus? Machen Sie einfach noch ein paar Tests - Sie erhalten sicher das gewünschte Ergebnis.

Zur Diagnose ungeeignet



Von der Natur so nicht vorgesehen



Verlängert die Maßnahmen



Unzuverlässiger Scheiss



### Was wir tun können

Fakten-Booster

## Frühzeitig handeln



Mit dem neu geänderten Infektionsschutzgesetz hat sich Deutschland in eine lächerliche Alleinstellung in Europa gebracht. Hier gilt weiterhin in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens eine Maskenpflicht. Es ist Zeit diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten.

Üben Sie sich frühzeitig in zivile Ungehorsam. Keiner kann Sie zwingen die unsinnigen und höchst schädlichen Masken zu tragen.

Vernetzen Sie sich ebenfalls frühzeitig mit anderen Menschen um ggf. Ausweichmöglichkeiten zu haben.



Seit Beginn der "Pandemie" sind weite Teile unsere Grundrechte ausgehebelt. Mit jeder Verlängerung diverser Maßnahmen wird dieser untragbare Zustand immer weniger in Frage gestellt. Unrecht wird zu Recht, Richter die keine sind, Medien die nicht recherchieren. Wenn SIE morgen nicht in einer Diktatur aufwachen wollen, handeln Sie frühzeitig. Gehen Sie ab sofort für Ihre Rechte auf die Straße.



"Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet." - Gustav Heinemann



"Klar ist aber, dass die meisten Ungeimpften von heute bis dahin entweder geimpft, genesen oder leider verstorben sind, denn das Infektionsgeschehen mit schweren Verläufen betrifft vor allem Impfverweigerer!"

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach im Oktober 2021



Weitere Informationen finden Sie im Internet, wenn Sie eine zensurfreie Suchmaschine benutzen oder freie Medien aufsuchen.

Kritische Menschen finden Sie z.B. auf den Montagsspaziergängen in Ihrer Stadt.

<https://corona-reframed.de/>

<https://www.aerzte-fuer-aufklaerung.de/>

# Muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk weg?

Bisher waren die meisten Menschen in diesem Land in dem Glauben, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten würden ihren Zuschauern seriöse Informationen liefern, denen sie vertrauen können. Allein der Blick auf die Chronologie der Corona-Krise zeigt, wie wenig dieser Glaube einem Realitätsabgleich standhält.

Doch nun kommt zu den sinkenden Vertrauenswerten in die ÖRR auch noch eine Krise, die die Korruption dieser Anstalten aufdeckt und selbst wohl nur die Spitze eines Eisbergs ist.

Haben Sie in den letzten Wochen die Affäre um die ehemalige Intendantin des RBB (Rundfunk Berlin-Brandenburg), Frau Schlesinger verfolgt? Der „Fall Schlesinger“ ist einer der größten Medienkandale der Geschichte der Bundesrepublik. Nicht nur hatte Frau Schlesinger ein exorbitant hohes Gehalt von uns Gebührenzahlern bezogen, sondern sie steht heute sinnbildlich für Verschwendung, Vetternwirtschaft, Korruption, Intransparenz, Heimlichtuerei und Betrug. Der komplette Fall ist sogar in der Mainstreampresse nachzuver-



Bild: Freepik

folgen. Jeden Tag häufen sich aufs Neue Meldungen über den Sumpf des RBB und der Frau Schlesinger. Ist der RBB mit solchen Praktiken eine Ausnahme? Mitnichten! Gestern noch dementierte der Intendant des WDR, Buhrow, dass es in anderen Anstalten des ÖRR solche Praktiken gäbe, da kommt auch schon der nächste Skandal eines Mitgliedsenders der ARD ans Licht. Die Ereignisse überschlagen sich förmlich: Da tritt die Landesfunkhausdirektorin des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) in Sachsen-Anhalt, Ines Hoge-Lorenz, zurück – wegen Intransparenz. Da schreiben

72 Mitarbeiter des NDR (die meisten davon Journalisten) einen Brandbrief und distanzieren sich vom Verhalten ihrer Chefs. Im Zuge des Skandals wird dann auch der Politik-Chef Stein und dem Chefredakteur Lorentzen gezielte Unterdrückung allzu kritischer Berichte vorgeworfen, weswegen beide nun abberufen werden, bis die Hintergründe aufgeklärt sind. Laut Berliner Zeitung wird auch beim RBB, dem WDR und dem Deutschlandfunk massiv Einfluss auf die Berichterstattung ausgeübt. Beim ZDF werden Dokumentationen so massiv umgearbeitet, dass die angestrebte Neutralität gänzlich verschwunden und der Film zu einer „Propaganda-Show“ umgestaltet wurde, beschwert sich ein Filmemacher. Und der WDR-Intendant Buhrow, der noch öffentlich erklärte, der Skandal beim RBB sei ein Einzelfall, fährt einen 7er BMW, in dem sich ein Massagesitz befindet, den wir Gebührenzahler finanzieren. All dies erscheint wie die Götterdämmerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der in seiner jetzigen Form möglicherweise bald ausgesiedelt hat.

Ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in

Deutschland am Ende? Inhaltlich und/oder personell erscheint es so! Herrscht dort ein Sumpf aus Intransparenz, Vetternwirtschaft und Intransparenz? Die Berichterstattung ist jedenfalls allzu oft Regierungspropaganda und im Falle von geopolitischen Krisen ist der ÖRR eher die Pressestelle der NATO! Wozu sollen wir dafür monatlich diese GEZ-Gebühren bezahlen? Wir bezahlen, damit wir belogen werden, damit von unserem Geld sinnlose Investitionen getätigt werden und es für Vetternwirtschaft aus dem Fenster geworfen wird. „Was tun?“ werden Sie fragen. Es gibt ein Projekt, das heißt „Leuchtturm ARD“. In dem Projekt geht es darum, dem ÖRR unseren Protest über die Zustände deutlich zu machen und ein Signal zu senden, das nicht ignoriert werden kann und das da lautet: Es reicht endgültig! Wir machen mit beim legalen Zahlungsstopp unserer GEZ-Gebühren. Machen auch Sie mit! <https://leuchtturmard.de>

Autor: Dirk Hüther

## „Scheiße Karl, da hast Du uns aber erwischt.“



Bild: Freepik

**Dirk Schmitz, der Chef der Acura-Kliniken aus Baden-Baden, wehrt sich mit bissigem Humor gegen die anhaltenden Übergriffigkeiten des Bundesgesundheitsministers. Via Facebook (<https://cutt.ly/0B9xXYk>) reagierten die Baden-Badener postwendend auf die Ansage von Karl Lauterbach, die Pflegekräfte müssten nur effizienter eingesetzt werden. Aber lesen Sie bitte selbst:**

### Offener Brief an Karl Lauterbach

„Scheiße Karl, da hast Du uns aber erwischt. Gegen ihren Willen zwingen wir Nacht um Nacht unsere Krankenschwestern in den bösen Schicht- und Nachtdienst, damit unsere faulen Ärzte ein bisschen Party machen können. Und unsere Betriebsräte, anstatt sich vor die hilflosen Kolleginnen zu stellen, die saufen einfach mit. Ändern wir jetzt natürlich sofort.“

Im Ernst, Du bist als Minister langsam ohne weitere psychiatrische Untersuchungen dauerhaft dienstunfähig. In welchem Paralleluniversum lebst Du? Jedes Mal wenn wir etwas von Dir hören, denken wir: So blöd kann der doch nicht sein. Stimmt nicht, es geht. Unsere Psychiater vermuten langsam das Kalkül einer gewünschten Gewöhnung Deiner sozialen Umgebung an den Wahnsinn.

Meinst Du wirklich, Kliniken setzen zum Spaß ihre knappen personellen Ressourcen absichtlich in der Nachtschlagszeit ein, weil sie

noch gestörter sind als Du? Glaubst Du, Patienten hören auf zu pinkeln oder Schmerzen zu haben, zu leiden oder Durst zu haben, weil es dunkel ist? Glaubst Du, Patienten „auf Intensiv“ liegen da, weil es schöner ist als in der Disco?

Wer Dir die Approbation gegeben hat, wissen wir nicht, wir sind uns aber sicher, der schämt sich mächtig. Deinen Professorentitel hast Du Dir erschlichen, weil die Professorenstelle mit der sehr spezifischen Ausschreibung von Dir kam (<https://cutt.ly/0B9zBPn>).

Diese Position war noch nie so unwürdig und unfähig besetzt wie heute. Und wir sagen das, obwohl wir den Vorgänger kennen.

Warum schreiben wir das? Weil diese Meldung dem Fass schlicht den Boden raushaut. Wir befürchten, dass wenn Du einmal stationär liegst, es echt lebensgefährlich wird, weil die Ärzte und Pfleger einmal all das machen werden, was Du so vehement forderst.

„Schwere Schichtdienste“ sollen wegfallen. Mit der geplanten Krankenhausreform sollen

dennach Pflegekräfte durch Wegfallen der „schweren Schichtdienste“ entlastet werden. Ziel dabei sei es, alle dafür geeigneten Behandlungen als Tagesbehandlung durchführen zu können. So würden Nachtdienste wegfallen. „Wir haben ja nicht zu wenig Pflegekräfte gemessen an der Bevölkerung, wir setzen sie sehr wenig effizient ein“, meint Karl Lauterbach (<https://cutt.ly/NB9IQMh>).

Kleiner Tipp: Bis zu 25 Prozent der Arbeitszeit der Pflegekräfte geht drauf zur Dokumentation, davon ein großer Teil Schwachsinn, den sich Dein Ministerium über Jahre ausgedacht hat. Da würde ein kluger und geistig gesunder Minister ansetzen.

Wer jetzt keinen Klartext spricht, der hat bald keine Krankenhäuser mehr!

Dein Dirk Schmitz“

Zum Hintergrund und Interview mit Dirk Schmitz: <https://cutt.ly/5B9vzCA>

## Brot und Spiele Wenn für die Ablenkung kein Geld und keine Energie mehr da sind

Kennen Sie diesen Ausdruck: Brot und Spiele? Erfunden haben dieses Prinzip die Römer. Der römische Staat war nicht gerade dafür bekannt, zugewandt und menschenfreundlich zu sein. 90% der Menschen waren in der römischen Gesellschaft Sklaven, also im Grunde keine Menschen, sondern das Eigentum von jemandem. Die Römer haben Kriege geführt und andere Länder überfallen und sich diese einverleibt. Einige besonders verrückte Kaiser der Römer (wie z.B. Nero) haben an Teilen der eigenen Bevölkerung Massenmorde verübt. Wie konnte das alles geschehen, ohne dass sich die Bevölkerung dagegen erhob? Das Prinzip ist einfach – es handelt sich dabei um das erwähnte Prinzip von „Brot und Spiele“. In der römischen Gesellschaft gab es für die relevanten Bevölkerungsteile eben genug zu essen (Brot) und für die geistige Ablenkung sorgten Massenevents, wie Gladiatorenkämpfe, Wagenrennen und andere Veranstaltungen. So war die Bevölkerung abgelenkt von den vielen Dingen, die in der römischen Gesellschaft für sie nicht in Ordnung waren. „Das ist weit weg von der heutigen Zeit und Gesellschaft“, sagen Sie? Glauben Sie das wirklich? Reicht Ihnen der Hinweis, dass wie durch Zufall oder magische unsichtbare Hand

immer genau zu sportlichen Großereignissen, wie z.B. Fußball-WMs, die größten Sauerereien seitens der Regierungen im Schnelldurchgang durchgepeitscht wurden? Beispielsweise? Im Sommermärchen 2006 wurde die Mehrwertsteuer erhöht, zur WM 2010 der Krankenkassenbeitrag. Wollen wir weiter machen? Während des Halbfinals zur Europameisterschaft (Deutschland gegen Italien) beschließen im Bundestag zu dem Zeitpunkt 26 Abgeordnete den eingebrachten Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Meldewesens. Erkennen Sie, dass Brot und Spiele nach dem Fall des römischen Reichs nicht Geschichte sind? Auch in der Bundesrepublik galt lange die Devise, dass alles gut ist, solange der Wohlstand fließt und die Unterhaltung halbwegs erträglich ist. Das war der Deal seit Ludwig Erhard und dem Versprechen Wohlstand für alle.

Gut, die Unterhaltung, also die Spiele wurden immer größer und damit das Ganze immer teurer. Schauen Sie sich die Entwicklung der Finanzströme nur allein in der Bundesliga an. Eine spannende Bundesligasaison konnte große Massen schon fast ein Jahr lang bannen und von wesentlichen Entwicklungen abhalten. Jetzt aber ist es vorbei damit. Die Wirtschaft bricht gerade zusammen, die In-



Bild: Pixabay

flation, die Preissteigerungen bei Energie und den Spiritpreisen kann nicht mehr einfach mit ein paar sportlichen Erfolgen vertuscht oder unter den Teppich gekehrt werden. Und dummerweise wird bei den Ablenkungen und Spielen einfach eine riesige Menge Energie verbraucht. Da macht sich das Inszenieren von Spielen einfach ganz schlecht, wenn gleichzeitig dem Pöbel erklärt wird, er solle kürzer duschen, nur den Waschlappen benutzen oder sich damit abfinden, dass 17 bis 19 Grad Celsius in Innenräumen ausreichend sein müssen.

Und schon winken die großen Spiele und Ablenkungen auch in unserer Region: Es sind

nur noch wenige Tage bis zum Dieburger „Martinsmarkt“. Kommt während dieses Volksfestes der Aufschrei wegen der hohen Energiemenge, die da verbraucht wird? Viele bunte Lichter, Buden, Fahrgeschäfte, Heizpilze... wollen wir mal einen Energiezähler ans Ende des Martinsmarktes hängen und schauen, wie viel da durch den Schornstein geblasen wird? Ich möchte derzeit nicht Entscheidungsträger sein, denn für diese besteht ein echtes Dilemma: Lassen sie Volksfeste stattfinden, ist es ein Skandal angesichts der derzeitigen Sanktions- und Energiepolitik. Lassen sie die Volksfeste nicht stattfinden, ist es ein Skandal, weil schon wieder „Absagen“ die letzten der uns noch verbliebenen Traditionen hinwegwischen.

Wir sind in einer Situation, in der das Brot weniger wird und die Spiele nicht mehr funktionieren, bzw. gar nicht stattfinden dürfen. Was glauben Sie, hätten die Bürger Roms gemacht, wenn es plötzlich kein Brot und keine Spiele mehr gegeben hätte? Aber die Römer hatten ja noch keine Massenmedien und damit nicht die Möglichkeiten, jeden zum Staatsfeind zu erklären, der das derzeitige Regierungshandeln in Frage stellt.

Autor: Dirk Hüther

# Das fragwürdige Demokratieverständnis mancher Bürger

„Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates.“ - Gustav Heinemann (ehem. deutscher Bundespräsident)  
„Wer sich nicht traut, für seine Freiheit einzutreten, wird zum Schwarzfahrer unserer freiheitlichen Demokratie.“ - Richard von Weizsäcker (ehem. deutscher Bundespräsident)

Sie wundern sich, warum ein Artikel mit zwei Zitaten berühmter deutscher Politiker beginnt? Passen Sie auf - es werden noch mehr. Die „Klartext-Rhein-Main“ steht wenige Stunden vor Redaktionsschluss, und die beiden Autoren sind zutiefst entsetzt über ein Vorkommnis beim samstäglichen Demolaf in Frankfurt am Main. Deshalb dieser Artikel!

„Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.“ - Gustav Heinemann (ehem. deutscher Bundespräsident). Dieses Zitat beschreibt, warum deutschland-nein, weltweit seit fast drei Jahren Massen an Menschen auf die Straße gehen um, anfangs gegen die Corona-Maßnahmen, heute thematisch viel breiter aufgestellt, ihre Regierungen zur Ordnung zu rufen.

„Die freiheitliche Demokratie braucht mehr als jede andere Staatsform die Überzeugungskraft, die Leidenschaft ihrer Bürger.“ - Helmut Kohl (ehem. deutscher Bundeskanzler). Seit so vielen Monaten gehen die Menschen auch im Rhein-Main-Gebiet wegen ihrer Überzeugung auf die Straße - wohlgeachtet: sie tun das immer friedlich! Mit einem oft formulierten Angebot zum Dialog. Jeder ist bei unseren Montagsspaziergängen oder bei den Samstagsdemos willkommen! Eisige Kälte, strömender Regen, sengende Sonne - all das haben wir so lange Zeit mit einem ehrlichen Lächeln weggesteckt. Schwerer wiegen die persönlichen Nachteile, die Diffamierung durch die vermeintliche Mehrheitsgesellschaft und die Medien, sich abwen-

dende „Freunde“, Streit mit Verwandten und Probleme mit dem Arbeitgeber. Aber auch das haben wir mit Würde ertragen und - wie von Helmut Kohl gefordert - mit Überzeugung und Leidenschaft.

„Es muss in einer Demokratie über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg doch auch immer ein menschliches Miteinander geben.“ - Eduard Oswald (deutscher Politiker). Und hier kommen wir zum gestrigen Ereignis: In Höhe des Grüneburgweges / Ecke Siesmayerstraße in Frankfurt/Main versuchten am Rande der „EUROPEANS UNITED DEMO“ am 22. Oktober 2022 einige Personen mit



der Aufforderung (?) „Querdenker töten“ auf einem Transparent die Umstehenden vermutlich genau dazu zu animieren. Wo, liebe „Gegendemonstranten“, ist Euer Angebot an ein menschliches Miteinander? Unseren über viele Lautsprecher formulierten Angeboten, sich diesbezüglich auszutauschen, seid Ihr den ganzen Tag nicht nachgekommen. Wo, werte Kollegen vom „Höchster Kreisblatt“, war Euer Redakteur „bi“ bei diesem Vorfall? Kein Wort darüber in Eurem Artikel zum Demoverlauf vom 24.10. Stattdessen wundert man sich dort über die fleißigen, ehrenamtlichen Verteiler unserer Bürgerzeitung auf und neben der Demo in Frankfurt. Und das alles, obwohl diese Bürgerzeitung nicht einmal einen „Chefredakteur“, sondern „nur einen Herausgeber“ aufzuweisen hat! Ja, wo kämen wir denn da

hin, wenn jeder Redakteur gleich viel zu sagen hat! Das kennt man beim Höchster Kreisblatt natürlich nicht!

„Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verstand oder an seinem guten Willen zu zweifeln.“ - Otto Von Bismarck (ehem. Ministerpräsident von Preußen). Dieses Zitat geben wir allen Mitmenschen mit auf den Weg, die sich auf „Höchster Kreisblattniveau“ über uns lustig machen, uns auf der Demo einen Vogel zeigen, mit der Hand vor der Stirn wedeln, oder uns den Stinkefinger zeigen. Ganz ehrlich: Bei all dem Wahnsinn, den Ihr mittragt, zweifeln wir an EUREM Verstand.

„Wer sich als Bürger in der Demokratie beheimatet, wer sie wertschätzt und bereit ist, sie zu verteidigen, wird sie erhalten wollen - für sich, für die eigenen Kinder und für die nachfolgenden Generationen.“ - Joachim Gauck (ehem. deutscher Bundespräsident). Bei diesem Zitat müssen wir auch an die Eierwürfe beim Offenbacher Montagsspaziergang denken. Am 07. Februar 2022 wurden hier rohe Eier und in Urin getränkte Toilettenpapierrollen aus einem Fenster geworfen. Diese unangenehme „Mischung“ traf damals u.a. auch eine Mutter mit Kind. Und all denen, die jetzt kommen mit „was machen Kinder auf Demonstrationen?“ sagen wir: Kommt vorbei und schaut euch an, was wir tun! An diesem Tag hat eine junge Mutter ihren Teil dazu beigetragen, die Demokratie für ihre Kinder zu verteidigen. Ein Ei aus einem Fenster zu werfen ist Gewalt, es ist unbedacht und es zeigt unglaublich viel über den Eierwerfer selbst ... Pfuui Teufel! Wie, „liebe“ Eierwerfer, definiert Ihr die im folgenden Zitat beschriebenen Begriffe „Wert“ und „Würde“?

„Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform, sie ist eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Wert und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen.“ - Konrad Adenauer (ehem. deutscher

Bundeskanzler). Und Herr Heinemann sagte einmal dazu: „Nir wird es mich reuen, der Wahrheit und dem Recht den Mund geliehen zu haben. Bringt mich nur durch rohe Gewalt zum Schweigen! Recht bleibt Recht! Vor dem Stuhle des Richters, der euch einst fordert, werdet Ihr mich hören müssen!“ - Gustav Heinemann (ehem. deutscher Bundespräsident)

Oh, Ihr „Querdenker-Möchtegern-Töter“, Eierwerfer, Stinkefinger- und Vogelzeiger - was ist mit Euch geschehen? Wir befürchten, ihr würdet zu Hass und Gewalt aufgestachelt: „Die Toleranz des demokratischen Verfassungsstaates endet dort, wo zu Hass und Gewalt aufgestachelt wird.“ - Joachim Gauck (ehem. deutscher Bundespräsident)

Wir glauben, dass ihr „Fenster-Helden“ einfach Opfer einer Tatsache seid, die ein von uns allen geschätzter Herr schon vor langer Zeit ausgesprochen hat: „Wir leben in einer Fernsehdemokratie.“ - Helmut Schmidt (ehem. deutscher Bundeskanzler)

Wir, die diese Zeitung verfassen, die jeden Montag und Samstag durch eure Straßen ziehen, glauben fest daran, dass eine demokratische Gesellschaft unseren Einsatz benötigt - ganz weit weg von Stammtischparolen und Fernsehnebelung - ganz im Sinne von Helmut Schmidt: „Der Einsatz für Recht und Menschenwürde ist in einer Diktatur Widerstand - in einer freiheitlichen Demokratie dagegen eine von der Verfassung gebotene Pflicht.“ - Helmut Schmidt (ehem. deutscher Bundeskanzler)

Und wenn Sie uns demnächst sehen und beurteilen, denken Sie bitte daran, was ein anderer hochrangiger Politiker gesagt hat: „Unsere freiheitliche Demokratie lebt nicht von Umfragen, sie lebt von Engagement und Courage!“ - Roman Herzog (ehem. deutscher Bundespräsident)

Autoren: Chris Barth & Sven Semmler

## Gemeinwohloökonomie als Lösungsansatz zur Sicherung unserer Zukunft

„Unser jetziges Wirtschaftssystem steht auf dem Kopf. Das Geld ist zum Selbstzweck geworden, statt ein Mittel zu sein für das, was wirklich zählt: Ein gutes Leben für alle.“ Christian Felber

Die Vielfalt der aktuellen Krisen hat eine ihrer Grundursachen im vorherrschenden Wirtschaftssystem, in dem es primär um das Erzielen von Finanzgewinn in Konkurrenz zu anderen Unternehmen geht. Globale Konzerne konzentrieren immer mehr Macht und entscheiden über die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern hinweg. Einige der Folgen sind Armut, Hunger, soziale Ungleichheit, Klima- und Umweltzerstörung, unfreiwillige Migration und Demokratieabbau.

Eine mögliche Lösung für dieses Dilemma zeigte vor einiger Zeit Christian Felber, Gründer der Gemeinwohloökonomie, rund 150 Zuschauerinnen und Zuschauern im Kollpinghaus in Bensheim, auf Einladung von verschiedenen Initiativen und Verbänden.

Das gewinnorientierte Verhalten der Wirtschaft, so Felber, stehe in auffälligem Kontrast zu unseren demokratischen Verfassungswerten: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“, besagt die Bayerische Verfassung. Das deutsche Grundgesetz sieht vor, dass „Eigentum verpflichtet“ und „sein Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ soll (Art. 14). Die seit 2010 aktive Initiative der Gemeinwohl-Ökonomie (<https://www.ecogood.de>) möchte den oben genannten Widerspruch zwischen Wirtschaft und Gemeinwohl auflösen. Die Verfassungswerte Menschenwürde, Gerechtigkeit, Nach-

haltigkeit, Solidarität und Demokratie sollen konsequent als Ziele in den Rechtsrahmen der Wirtschaft eingebaut werden. Um den wirtschaftlichen Erfolg an diesen Zielen zu messen, schlägt die GWÖ die demokratische Entwicklung eines Gemeinwohl-Produkts zur Ablösung des Bruttoinlandsprodukts vor.

Auf Unternehmensebene sollten Firmen ebenso wie öffentliche Körperschaften neben der Finanzbilanz eine Gemeinwohlbilanz erstellen, in der bewertet wird, wie die Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, sowie Transparenz und demokratische Mitbestimmung im Unternehmen beachtet wird.

Diese Gemeinwohlbilanz sollte dann auch über die Höhe von Steuern, Zöllen, Zinsen oder Vorrang bei der Auftragsvergabe und in der Wirtschaftsförderung entscheiden, damit die ethischen und nachhaltigen Produkte auf den Märkten preisgünstiger werden. So würde eine Wirtschaft entstehen, die das Gemeinwohl, die Demokratie und ein Leben im Einklang mit der Natur fördert und die „Marktgeseetze“ mit den Werten der Gesellschaft in Einklang bringt.

Bereits rund 850 Unternehmen und Körperschaften arbeiten aktuell mit der Gemeinwohlbilanz. Zu den Pionieren gehören die Bäckerei Kaiser in Mainz-Kastell, die Alnatu- ra-Filialen in der Rhein-Main-Region beliefert,

und die Firma Vaude (Outdoor-Produkte) aus Tettleng. Dabei sind auch Institutionen wie Schulen und Hochschulen, Banken, Versicherungen sowie erste Gemeinden und Städte.

Als Beispiel, wie demokratische Prozesse anstatt mit der bisher praktizierten Mehrheitsentscheidung ablaufen könnten, fand im zweiten Teil des Abends eine Meinungserhebung aller Zuschauer nach dem „systemischen Konsensieren“ statt.

Auf die Frage, welches Vielfache des minimalen Grundeinkommens die Besucher als Maximaleinkommen gerecht fänden, wurden zunächst Vorschläge gesammelt, die zwischen dem Faktor 1 und 1.000 lagen. Abgestimmt wurden dann zu jedem Vorschlag mit den Optionen kein Widerstand, mittlerer Widerstand und starker Widerstand - per Handzeichen. Das Ergebnis lag in Bensheim wie auch in allen anderen mehreren hundert Befragungen der letzten Jahre von Christian Felber weltweit zwischen dem Faktor 8 und 15. Betrachtet man die momentan existierenden Vielfachen der Spitzengehälter in den diversen Ländern in der Industrie, liegen diese in der Schweiz bei 900, in Deutschland bei 6.000, der USA bei 65.000, und in der Finanzindustrie der USA bei 360.000.

Die Begrenzung dieser immensen Ungleichheit im Einkommen und auch im Besitz kann nur demokratisch erreicht werden. Die Ent-



scheidungsgewalt in unseren Ländern muss dazu aus der Hand der Wenigen in die Hände der Vielen zurückgegeben werden, so wie es in unseren Verfassungen vorgesehen ist. Ein Schritt in die richtige Richtung seien Bürgerräte, die jedoch nur dann ein demokratisches Instrument sein können, wenn die Mitglieder multiperspektivisch und frei von bestimmten Interessen informiert und vorher verbindliche Regeln für den Umgang mit den Ergebnissen festgelegt werden und im besten Fall über das Ergebnis eine Volksabstimmung erfolgt.

Wir sollten mehr Demokratie wagen, um unsere Zukunft und ein gutes Leben für alle Menschen zu sichern!

Gastautorin: Katja Knoch

# Die Mär um Putins Schuld an den hohen Energiepreisen

Die Mainstreammedien sind Kriegspartei. Zu keinem anderen Schluss kann man kommen, beschäftigt man sich mit der Berichterstattung rund um den Ukraine-Konflikt. Wie anders kann man erklären, dass diese Medien unisono, gleich einem Trommelfeuer, gegen den angeblich einzigen an diesem Konflikt Schuldigen – Russland – austeilten. Kritische Stimmen werden nicht erlaubt und mit den schon während der Corona-Krise eingeübten Werkzeugen aus dem Meinungskorridor gefegt.

Wer es geschafft hat, sich aus den Fängen der gleichgerichteten Massenmedien zu befreien, der weiß, dass auch diese Medaille zwei Seiten hat. Trotzdem verkünden Politik und Massenmedien seit Monaten im Gleichklang, dass die Schuld an den hohen Energiepreisen Russland und alle vorhergehenden Bundesregierungen mit ihrer Russlandpolitik tragen. Derweil ist es - einer verfehlten grünen Ideologie folgend - politisch nicht gewollt, die Energiekrise zu lösen.

Es muss nur davon abgelenkt werden, dass die Schuldigen der Energiekrise unsere politischen Verantwortlichen sind, andernfalls sähe sich die Regierung Massenprotesten gegenüber. Schauen wir nur auf die Gaspreise – wer kann denn daran schuld sein? Die Fakten liegen offen und wurden auch von den Leitmedien zum jeweiligen Zeitpunkt publiziert. Wissen wollen sie heute nichts mehr davon – helfen wir ihnen auf die Sprünge!

Mit der Reform des Gas-Marktes wurde Erdgas als Spekulationsobjekt freigegeben – die Folge daraus: Ein um mehrere hundert Prozent gesteigerter Börsenpreis im Vergleich zum Bezug durch langfristige Verträge mit Gazprom. Wenn dann, aus politischen Gründen, kein Gas direkt aus Russland abgenommen wird, ist dieser Preis zu zahlen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Lieferverträge europäischer Länder mit Russland zugunsten von Verträgen mit amerikanischem Flüssiggas gekündigt wurden. Da in Asien die Gaspreise aber noch höher sind als bei uns, fahren die Tanker mit Flüssiggas eben nach Asien statt nach Europa.

Schauen wir auf die fünf Pipelines, die Gas aus Russland nach Europa befördern. Keine dieser fünf liefert aktuell volle Kapazität. Dies Russland vorzuerwerfen, würde die Vergangenheit außer Acht lassen: Seit den 50er Jahren fließt das Gas verlässlich von Russland nach Europa, es wurde nie politisch eingesetzt. Selbst während schwerer Krisen oder dem kalten Krieg lieferte Russland, solange die Rechnungen bezahlt wurden. Was also ist geschehen? - Fünf Pipelines, fünf Fakten, die man nachlesen kann:

Die älteste Pipeline ist die „Sojus“, welche ihrem heute verwendeten Namen „Ukraine-Pipeline“ gemäß, durch die Ukraine läuft. Eine wichtige Gasverdichterstation in Lugansk geriet zu Beginn des Konfliktes zwar unter Lugansker Kontrolle, das Gas floss jedoch zwei



Foto: Pixabay

Monate weiter. Die Ukraine hat den Gasfluss durch diese Pipeline im Mai 2022 plötzlich reduziert. Ein Aufschrei der Medien oder Politik gab es nicht. Bei der weißrussischen Pipeline (Jamal-Europa) hat Polen den polnischen Teil der Pipeline unter Sanktionen gestellt, seitdem gibt es keinen Gastransport mehr aus Russland in unsere Richtung. Noch besser: Seitdem fließt Gas von Deutschland nach Polen!

Unser Nachbarland hat nämlich ein ganz anderes Problem: Nachdem Polen seine langfristigen Lieferverträge mit Russland gekündigt hat, müsste es Gas bei Bedarf zu hohen Börsenpreisen einkaufen.

Nord Stream 1 liefert kein Gas mehr. Ob es nun an der Turbine liegt oder am Sprengstoffanschlag, tut nichts zur Sache. Denn schon im Frühjahr 2022 haben die Grünen oder z.B. auch Friedrich Merz (CDU) einen Stopp der Gaslieferungen durch Nord Stream 1 gefordert

– sich aber im Nachhinein darüber beschweren, wenn es dann so kommt?

Nord Stream 2 war fertig gebaut und mit Gas gefüllt. Probleme mit Turbinen und deren Export und Import zur Reparatur gäbe es nicht. Die verwendeten Turbinen stammen aus russischer Produktion und könnten dort gewartet werden. Eine Reparatur und Inbetriebnahme wollen Brüssel und Berlin aber nicht – nicht mehr, aber halt auch nicht weniger. Es ist eine rein politische Entscheidung – und die Rechnung zahlen wir alle!

Wie es anders gehen kann, zeigt „TurkStream“ - sie pumpt russisches Gas über die Türkei und Südosteuropa bis nach Ungarn. Bulgarien, das die Zahlungsmodalitäten Russlands ablehnt, erhält kein Gas mehr. Ungarn hingegen hat langfristige Verträge mit Gazprom geschlossen und bekommt sein Gas über diese Pipeline zu einem Bruchteil des Börsenpreises, den andere europäische Länder zahlen.

**Statt günstiges Gas direkt aus Russland beziehen wir nun eben amerikanisches Fracking-Gas, falls es dann bei uns irgendwann einmal ankommt. Was glauben Sie, wie viel die Fracking-Industrie unserer „amerikanischen Freunde“ an einem Schiff, das mit dem begehrten Gas nach Europa fährt, verdient? Ganze 200 Millionen Euro – und was glauben Sie wer diese Rechnung bezahlt?**

Autor: Sven Semmler

## Als politischer Gefangener unschuldig in Untersuchungshaft

Wenn die Justiz ihre letzten Mittel gegen die Meinungsfreiheit einsetzt

Seit Ende Juni 2022 sitzt Michael Ballweg, der Gründer der Querdenkenbewegung, in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim. Nun verbringt er schon vier Monate seines Lebens hinter Gittern und konnte den Sommer der Freiheit nach den Coronabeschränkungen, für den er sich so sehr einsetzte, nicht miterleben.

Manche sehen ihn als Kopf einer Bewegung an, die sich für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung einsetzt, andere sehen ihn als Verschwörungstheoretiker.

Michael Ballweg ist der Mann der sich zu Beginn der Pandemie und der Lockdowns, mit dem Grundgesetz in der Hand auf einen öffentlichen Platz in Stuttgart stellte und sich für den Erhalt der Grundrechte einsetzte.

Das Aufzeigen von Missständen in unserer Gesellschaft ist ein Grundrecht und Bürgerpflicht. Die Meinungsfreiheit muss gewahrt bleiben, solange sie konstruktiv, gewaltfrei und menschlich bleibt.

Doch nicht nur Michael Ballweg ist Opfer einer übereifrigen Justiz geworden. Auch Menschen wie Dr. Paul Brandenburg, ein Arzt aus Berlin, der die Maßnahmen der Regierung zur Pandemie kritisiert hat und aufgrund eines Irrtums eine gewalttätige Hausdurchsuchung miterleben musste, bekam diese zu spüren. Ebenso seine Mutter und sein Bruder zeitgleich in ihren Wohnungen. Paul Brandenburg ist Hobby-Jäger und wurde von unbekannter Seite, wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz angezeigt. Kriegswaffen wurden, wie zu erwarten, nicht gefunden nur angemeldete Jagdgewehre.

Ebenso der Buchautor Oliver Janich, der schon seit Jahren Informationsarbeit und Recherche in den alternativen Medien betrieb. Er sitzt seit dem 17.08.22 auf den Philippinen in Haft. Das Land ist seine Wahlheimat, aber selbst dort reichte der lange Arm der deutschen Justiz offenbar hin. Der Tatbestand steht auch hier nicht richtig fest, angeblich forderte er in einem Artikel zur Gewalt gegen Politiker auf. Er selbst sagte aber, dass das aus dem Zusammenhang gerissen wurde und nicht so zu verstehen gewesen sei. Wie es mit ihm weitergeht, weiß man noch nicht, es liegt ein Antrag auf Auslieferung nach Deutschland

vor. Bis dahin muss er unter ungeklärten Haftbedingungen in einem philippinischen Gefängnis ausharren.

Ein weiteres Beispiel ist der australische Journalist Julian Assange, der seit Jahren des Martyriums und Bangens wie es weitergeht, sich in der Haft in Großbritannien befindet. Assange genoss von 2012 bis 2019 Asyl in der ecuadorianischen Botschaft in London. Nach dem Regierungswechsel 2019 in Ecuador wurde Assange an die britische Justiz ausgeliefert und ist seitdem in einem britischen Gefängnis, in dem es ihm gesundheitlich sehr schlecht geht. Assange deckte 2010, mit Hilfe der amerikanischen Whistleblowerin Chelsea Manning, geheime militärische Daten über den Krieg der USA im Irak und Afghanistan auf. Später leakte Julian Assange auch interne Informationen der CIA. Er könnte jederzeit an die USA ausgeliefert werden und dann würde er wahrscheinlich bis an sein Lebensende in Haft bleiben. Der ursprüngliche Haftgrund, ein Sexualdelikt, wurde vorgeschoben. Letztendlich geht es um die „geleakten“ Informationen: die Staatsgeheimnisse der USA. Informationen, die eigentlich für alle wichtig sind.

Es ist die Grundlage jeder Demokratie, dass auch andere Meinungen gelten dürfen. Dies ist die Basis unserer demokratischen Gesellschaft. Der Bürger muss sich ein eigenes Bild machen können. Medien müssen unabhängig sein und neutral bleiben.

Im Falle Michael Ballwegs gab es nun schon einen Haftprüfungstermin und eine Haftbeschwerde, beide wurden abgelehnt, bzw. weitergereicht. Ihm wird vorgeworfen Geldschenkungen veruntreut zu haben.

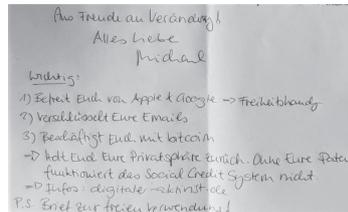
Die Polizei Stuttgart, schrieb nun die Schenker an, um herauszufinden, wie diese sich die Verwendung ihrer Gelder durch Ballweg vorgestellt hatten. Der ganze Vorgang sieht danach aus, dass es nach wie vor keine Beweise für den Grund seiner Haft gibt und man krampfhaft nach Gründen für eine Anklage sucht.

Doch Michael Ballweg lässt sich in der Untersuchungshaft nicht unterkriegen. Um ihm Kraft zu geben und ihre Anteilnahme auszudrücken, sendeten ihm bereits hunderte Menschen Post und er beantwortet fast jeden

Brief. Auch diese Bürgerzeitung hat ihn erreicht und begeistert.

Michael Ballweg schrieb aus seiner Haft z.B. „Die Zukunft gehört den Menschen, die ihren Herzen folgen, egal was die Kritiker sagen. Denn es sind die Außenseiter, die die Welt verändert haben, und die einen echten und bleibenden Unterschied machen“. Oder auch „Würde ich die Demos wieder veranstalten? Ja, auf jeden Fall. Würde ich ins Gefängnis für meine Überzeugung gehen? Ja [...]“

Ein wichtiges Anliegen von Michael Ballweg in den letzten Monaten war die Befreiung von den digitalen Kontrollsystemen. Denn nur mithilfe der digital gewonnen Daten können Konzerne und Regierungen Kontrolle über die Menschen ausüben.



Wichtig: (+weisersagen!)

1. Befreit euch von Apple & Google  
=> Freiheitshandy
2. Verschlüsselt eure Emails
3. Beschäftigt euch mit Bitcoin  
=> holt euch eure Privatsphäre zurück.  
Ohne eure Daten funktioniert das Social-creditsystem nicht!  
=> Infos: digitaler-aktivist.de]

Um seinen Verteidiger Ralf Ludwig zu zitieren: „Die Inhaftierung von Michael Ballweg richtet sich gegen jeden kritischen Menschen in unserer Gesellschaft. Wer gängige Narrative hinterfragt, wird erst denunziert und dann kriminalisiert!“. Es betrifft somit uns alle und unser wertvolles Gut: die Meinungsfreiheit!

Gastautorin: Simone H. aus Dreieich

## Leserbrief zu Impfn Nebenwirkungen - 2. Teil

„Diesen Zahlen folgend führte jede 69. Impfung zu einem Arztbesuch“.

Was mir hier auffällt, dass die Nebenwirkungen noch viel schlimmer sein müssen, wenn man die Zahlen umrechnet pro Person. Viele sind ja mehrfach geimpft worden (ca. 172 Millionen Impfdosen übersteigt auch wesentlich die Bevölkerungszahl unseres Landes). Leider wurde auf diesen Sachverhalt hier nicht verwiesen (ca. 80 Mill. / ca. 2,5 Millionen Nebenwirkung ergibt ca. jeder 32. ist betroffen).

In Anbetracht eines sog. „Impfabos“ würden diese Zahlen noch dramatischer ausfallen und dabei ist noch überhaupt nicht die Dunkelziffer mitgerechnet (alle, die nicht zum Arzt gehen bzw. der Arzt, der die Info nicht weiterleitet, u.a. weil er dabei nichts verdient).

Klaus R. (Schreiber der Redaktion bekannt)

**DARMSTADT**  
TREFFPUNKT:  
LUISENPLATZ  
18:00 UHR

**MONTAGSSPAZIERGANG**  
WIRTSCHAFTLICHE SELBSTZERSTÖRUNG & ZWANGSMEDIZIN

**DARMSTADT IN BEWEGUNG**

BESONDERS GROSS JEDEN  
DRITTEN MONTAG IM  
MONAT – WIEDER AM  
**14.11.2022**  
STOP JETZT!  
ES REICHT!

FÜR EINE  
VERNÜNFTIGE  
BÜRGERNAHE  
POLITIK

WILLKOMMEN

# Wovor haben Sie Angst?

Haben Sie während der Corona Zeit die Maßnahmen mitgemacht, weil Sie Angst vor Konsequenzen hatten? Haben Sie im Laden oder ÖPNV stillschweigend „die Maske“ getragen, mit der Faust in der Tasche und der Hoffnung es würde bald enden? Es hat nicht geendet, weil so viele mitgemacht haben. Haben Sie Ihr Kind mit Maske in die Schule geschickt, weil Sie Angst hatten, dass das Kind Schaden nimmt und Sie nicht wussten, wie Sie dem entgegen konnten? Und haben Sie im Betrieb oder Unternehmen Maske getragen und alle Maßnahmen brav mitgemacht, aus Angst den Job zu verlieren? Haben Sie sich impfen oder gar „boostern“ lassen, weil Sie dem Druck in Familie, Freundeskreis, im Unternehmen oder im weiteren Umfeld nicht standgehalten haben? Hatten Sie Angst vor Ausgrenzung? Davor, nicht dazugehören? Es gibt viele Gründe dafür, dass Menschen die Maßnahmen mitgemacht haben, obwohl sie entweder wussten, wie sinnlos sie waren und vor allem wie demokratiegefährdend, oder zumindest eine Intuition hatten, dass bei der ganzen Geschichte eine Menge faul ist.

All das ver- oder beurteilen wir nicht. Es ist zunächst erstmal zutiefst menschlich. Jeder Mensch hat Ängste. Die wenigsten haben allerdings den Mut darüber zu reden. Uns geht es auch gerade nicht um Aufarbeitung, wer, wann, warum, etc. Nach nunmehr zweieinhalb Jahren dieses Irrsinnigen, geht es jetzt im Herbst weiter. Die Witzfigur von einem Gesundheitsminister macht noch immer Panik und will, dass sich die Leute impfen lassen. O bis O gilt jetzt nicht nur für Winterreifen, sondern für Masken, Abstand und Konsorten. Wie schaut's aus - wollen Sie mitmachen, obwohl Sie genau wissen, dass die Maßnahmen vollkommen sinnbefreit sind? Oder suchen Sie schon nach Lösungen, wie Sie sich diesen Maßnahmen entziehen können? Auf jeden Fall ist die Angst vor Strafe, Konsequenz, Ausgrenzung und Ähnliches für Sie doch kein Weg mehr - oder nicht? Also was tun gegen die Angst? Um in solchen Zeiten standhaft zu bleiben,

braucht es Mut. Woher nehmen? Da haben wir ein paar Tipps für Sie:

Das erste und beste Mittel gegen solche Ängste ist eine Gemeinschaft. Sie mögen glauben, Sie wären der Einzige in Ihrer Familie oder Ihrem Umfeld, der die Dinge anders sieht. Doch wenn Sie erst mal gemerkt haben, wie viele wir sind, wird es leichter. Ein Einstieg, Menschen aus der Bewegung kennen zu lernen, sind die Montagsspaziergänge oder Samstagsdemos. Dort können Sie sich vernetzen und treffen auf Menschen, die in vielen schwierigen Bereichen bereits jede Menge Erfahrung gesammelt haben und diese auch gerne weitergeben. Vor allem könnte eine Gruppe von Menschen, die sich vernetzt hat und sich gegenseitig unterstützt, eine Hilfe sein, für die noch schwereren Zeiten, die auf uns zu kommen. Haben Sie sich in schwierigen Fragen schon rechtlichen Beistand eingeholt? Vergessen Sie Gewerkschaften und ihre Rechtsberatung. Die Gewerkschaften sind stramm regierungstreu (egal welche Farbe die Regierung hat) und sie vertreten schon lange nicht mehr Ihre Interessen. Es gibt eine Initiative, die heißt „Anwälte für Aufklärung“. Dort findet sich zu jedem Rechtsgebiet ein Fachmensch und dort finden Sie auch viele rechtliche Hinweise bis hin zu Musterformularen. Genauso ist es mit Ärzten. Sie müssen sich die teilweise Unverschämtheiten Ihres Arztes nicht gefallen lassen. Bei „Ärzte für Aufklärung“ gibt es Hilfe für Sie. Und bei mutigmacher.org finden Sie eine Anlaufstelle, wenn Sie als Insider einmal selbst „auspacken“ wollen.

Für die schwierigen Zeiten, die auf uns zu kommen gilt: Jede Angst ist erst mal menschlich. Mutig ist nicht, wer keine Angst hat, sondern wer seine Ängste kennt, sich ihnen stellt und sie überwindet. Für alle möglichen Situationen, die Sie ängstigen, können Sie kompetente Unterstützung bekommen, damit Sie beim nächsten Angstsporno dieser Regierung und ihrer Medien nicht mehr mitzumachen brauchen.

Autor: Dirk Hüther

## Sie möchten unsere Bürgerzeitung unterstützen?

Liebe Leserinnen und Leser,

danke, dass Sie Klartext – Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet lesen! Dies ist bereits die 4. regionale Ausgabe dieser Zeitung, und es bereitet uns allen große Freude, Teil dieser Entwicklung zu sein. Das ist nicht nur das Redaktions-Team, sondern all die anderen fleißigen Helfer, ohne die das Projekt nicht funktionieren würde.

Es wird aber Zeit, weiter zu wachsen! Wir haben das Ziel, zu einer nicht zu „überhörenden Stimme“ zu werden, und SIE können dabei mitwirken! Eine hohe fünfstellige Anzahl an Zeitungen muss verteilt werden. Wir haben schon ein super Team an Austrägern, aber SIE fehlen noch! Bitte melden Sie sich, idealerweise bei Ihren lokalen Initiativen oder Spaziergängergruppen, wenn Sie Lust haben, die Zeitung zu verteilen. Gerne helfen wir Ihnen dabei.

Wir möchten auch nach und nach „Auslagestellen“ gewinnen. Fragen Sie in Geschäften, Tankstellen und anderen Lokalitäten nach - am besten mit einem kleinen Stapel Klartext in der Hand. Oder Sie kennen einen Laden, wo ausgelegt werden darf? In beiden Fällen bitte Info an uns und schon sind wir einen Schritt weiter.

Und selbstverständlich, kostet es auch Geld, eine solche Zeitung zu drucken und zu den Verteilern zu bringen. Das ganze Team, alle

Unterstützer machen das auf ehrenamtlicher Basis. Druck und Logistik müssen aber bezahlt werden. Beides sichert auch Arbeitsplätze hier bei uns in der Region!

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Eine finanzielle Unterstützung kann auf drei Arten erfolgen:

1. Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
2. Über unser Konto für Schenkungen, welches wir für solche Zwecke eröffnet haben, auf das Sie einfach Ihre Wertschätzung überweisen können. Hier die Kontodaten:  
IBAN: BE50 9673 2423 7418  
Kontoinhaber: Chris Barth  
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung
3. Via PayPal: hier die dafür vorgesehene PayPal-Emailadresse:  
habicht\_hugo@hotmail.com  
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung („Geld an einen Freund senden“).

**Sie finden alle Kontaktmöglichkeiten im Impressum dieser Zeitung oder auf unserer Internetseite. Mit Ihrer Unterstützung können wir gemeinsam viel bewegen! Von Herzen vielen Dank!**

## Impressum / Redaktion:

H.-M. Müller, D. Hüther, C. Krause, S. Hertweck, S. Semmler, Ch. Barth  
Grafik, Layout: K. Hamberger, K. Fornoff  
Herausgeber: Chris Barth, c/o autorenglück.de, Franz-Mehring-Str. 15, D-01237 Dresden  
Auflage: 35.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:  
Die veröffentlichten Artikel (Stand Sept. - Nov. '22) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr.  
Mail: [redaktion@klartext-rheinmain.de](mailto:redaktion@klartext-rheinmain.de)  
Web: [www.klartext-rheinmain.de](http://www.klartext-rheinmain.de)  
Telegram: [t.me/klartext\\_rheinmain](https://t.me/klartext_rheinmain)

# BLACKOUT - und nun?

Vor einiger Zeit habe ich eine Anfrage an die Stadt Kirchberg zum Thema Stromversorgung“ gestellt, die ich gerne mit Ihnen, liebe Leserschaft, teilen möchte. Aufgrund der sich immer mehr zuspitzenden Situation halte ich es für wichtig, dass solche Informationen breitflächig weitergegeben werden. Nicht, um Panik zu schüren (hierfür gibt es in diesem Land genug andere „Experten“), sondern um im Fall eines Falles entsprechend informiert und vorbereitet zu sein.

Hier meine Anliegen an die Stadt und die Antworten dazu (aus technischen Gründen leicht geändert bzw. gekürzt): „Sehr geehrte Damen und Herren des Kriseninformations-Teams, Sie können mir sicherlich einige Fragen beantworten, in denen es ausnahmsweise nicht um das Thema Corona geht, sondern um eine vermutlich ebenso brisante wie besorgniserregende Situation, die sich bereits seit längerer Zeit in unserem Land abzeichnet: die knappen Ressourcen an Strom und das damit verbundene Risiko eines längeren, vielleicht flächendeckenden Blackouts, wie es zwischenzeitlich von vielen Experten für möglich gehalten wird. Und damit zwangsläufig verbunden die Frage der Notvorsorge und Sicherstellung der Versorgung.“

- Hat die Stadt ein funktionierendes Notkonzept und werden Feuerwehr, Polizei und Ordnungsamt regelmäßig hierfür geschult?

- Wie und wie schnell werden die Bürger informiert und auf dem Laufenden gehalten, wenn Internet, Telefon und Handy nicht mehr verfügbar sind?

- Funktionierte die Wasserversorgung in den Haushalten noch ohne Strom und für wie lange kann diese sichergestellt werden?

- Bekommt man an den örtlichen Tankstellen noch Sprit oder sind diese komplett stromabhängig?

- Sind in absehbarer Zeit „Blackout-Übungen“ geplant, wie sie aktuell in mehreren anderen Gemeinden durchgeführt wurden?

- Auf was sollte man besonders im Vorfeld achten, um sich entsprechend vorzubereiten, welche konkreten Tipps hat die Stadt hierzu?

Bestimmt bewegen viele Bürger ähnliche Fragen. Vielleicht wäre eine Beitragsreihe im Amtsblatt dafür geeignet?“

Nun gut, einen Beitrag im Amtsblatt war das Thema bisher dann doch nicht wert, dennoch wurden zumindest ein Teil meiner Fragen einige Tage später mehr oder weniger ausführlich wie folgt beantwortet:

“...Die Stadtverwaltung hat verschiedene Notfallpläne zu verschiedenen Ereignissen erstellt. Für den Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz ist maßgeblich das Landratsamt zuständig. Natürlich ist unsere Feuerwehr und das Ordnungsamt mit involviert. Schulungen für die Einsatzkräfte von Feuerwehren finden regelmäßig auch auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene statt.“

Die Information der Bevölkerung wird durch Feuerwehrfahrzeuge, die Durchsagen machen können, durchgeführt. Die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser ist in der Stadt Kirchberg sichergestellt. An mehreren Gebäuden kann extern Strom eingespeist werden. Die Landkreisverwaltung ist in Planung eines Blackout-Konzeptes, Näheres ist uns nicht bekannt.

Auf der Internetseite des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ([www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de)) können Sie sich informieren und verschiedene Ratgeber einsehen.“

Mein Fazit, auch nach Durchforsten der empfohlenen Internetseite: so ganz ausführlich und „rundum gut informiert“ fühle ich mich noch nicht, aber es ist ein Anfang, auf dem man aufbauen kann. Ich möchte jeden Einzelnen ermutigen und einladen, selbst zu recherchieren, sich Informationen einzuholen und sich auch dementsprechend vorzubereiten; des Weiteren auch die Ansprechpartner in seiner eigenen Gemeinde mit solchen oder anderen Fragen zu konfrontieren.

Eigenverantwortung heißt die Devise, mehr denn je. Und womöglich macht ja „Klartext“ eine Beitragsreihe daraus :-)

Gastautorin: Heike Schöllmann

(Hinweis der Klartext-Rhein-Main-Redaktion: ähnliche Anfragen laufen gerade im gesamten Rhein-Main-Gebiet. Schreiben Sie doch auch Ihre Verwaltungen, THWe und Feuerwehren an und schicken Sie uns Fragen und Antworten an: [redaktion@klartext-rheinmain.de](mailto:redaktion@klartext-rheinmain.de). Wir sind gespannt auf deren Rückmeldungen :-)

## Montagspaziergang Deshalb gehen wir weiter spazieren!

**Regierungen beschließen neue Einschränkungen und Lockdownmöglichkeiten – alles seit Oktober wieder möglich!  
Das kann keiner wollen!**

**Kommen auch Sie zu den Kundgebungen und Spaziergängen u.a. auch hier bei uns im Rhein-Main-Gebiet.**

Haben Sie auch geglaubt, dass mit der Aufhebung der xG Auflagen und der Maskenpflicht die Sache vorbei ist? Zumal der Bundestag auch die Impfpflicht für alle abgelehnt hatte?  
**Dem ist mitnichten so!**

Eine allg. Impfpflicht für alle wurde bereits am 08.04.2021 durch die Hintertür der EU beschlossen. Wussten Sie das?

Es gibt immer noch die einrichtungsbezogene C19-Impfpflicht. Regierungen bedrohen uns mit Energielockdowns, Enteignungen, (land-)wirtschaftlicher Selbstzerstörung, Bargeldbeschaffung, digitaler Kontrolle und Krieg. Glauben Sie deren „Vertretern“ in Berlin oder gar in Brüssel noch irgendwas?

**Es gibt eine Vielzahl guter Gründe, montags und samstags spazieren und demonstrieren zu gehen. Welcher davon motiviert Sie?**

